

Berns ehemaliger Stadtpräsident Alexander Tschäppät ist 66-jährig gestorben

«Dr Tschäppu»

Von Michael Hug, Bern

Bern trauert um seinen Stadtpräsidenten Alexander Tschäppät, der nur anderthalb Jahre nach seinem Rücktritt mit 66 Jahren gestorben ist. Schon bald wird man sich seiner ebenso wie bei seinem Vater nicht ohne das Attribut «legendär» erinnern.

«Alex» Tschäppät war mit der halben Stadt per Du, wurde im Volksmund schlicht «dr Tschäppu» genannt und kultivierte seinen Ruf als Lebemann manchmal bis zur Schmerzgrenze. Mit dem Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit verband ihn nicht nur eine persönliche Freundschaft, die beiden waren auch Brüder im Geiste. Selbst den schönen Seiten des Lebens zugetan, war ihre Politik darauf fokussiert, in den Städten die Lebensqualität zu heben und grosse Würfe zu landen – wer auch immer die Rechnung dafür bezahlen musste.

Das volle Risiko

Alexander Tschäppät nahm als Politiker mehr als einmal mit bewundernswürdiger Kalkül das volle Risiko und ging am Schluss meist als Sieger oder zumindest ohne Total Schaden aus der Sache hervor. Sein politischer Mut, gepaart mit einem ansteckenden Enthusiasmus für Bern und einem ebenso schnoddrigen Desinteresse an allem, was ihm nicht wichtig oder unangenehm war, trug Tschäppät glühende Verehrer und leidenschaftliche Gegner ein. Respekt hingegen hatten beide Seiten vor diesem unberechenbaren, im politischen Nahkampf gelegentlich brüskten und mit einem sicheren Instinkt ausgestatteten Animal Politique.

Als Tschäppät 2012 für seine letzte Amtsperiode kandidierte, stand er in voller politischer Blüte. Obwohl von achtbaren Gegnern herausgefordert, überragte er die Konkurrenz wie ein Monument. Nirgends kamen seine Stärken so gut zur Geltung wie im Wahlkampf, wenn er schlagfertig und mit gekonnt dosiertem Witz alle Anfechtungen parierte und mit jedem Gegenschlag Punkte holte. Tschäppät konnte aus dem Stand so reden, dass ihn jeder verstand, ohne billige Phrasen zu dreschen. Seine Wahlwerbung, die er jeweils zusammen mit seinem Freund, dem bekannten Plakatkünstler Claude Kuhn ausheckte, war etwas vom



Schlagfertig und gewitzt. Alexander Tschäppät hatte bewundernswerte Stärken und offensichtliche Schwächen. Foto Key

Geistreichsten und Erfrischendsten in der ansonsten eher biederen politischen Werbung hierzulande.

Ein Sozialdemokrat alter Schule

Die hintersinnigen Werbebotschaften können auch als Hinweis auf den anderen Tschäppät gelesen werden, auf dessen Existenz seine engen Freunde immer wieder hinweisen. Den disziplinierten Schwerarbeiter, der den Tag am frühen Morgen mit einem Hundespaziergang beginnt, der auch in Ungnade gefallene Weggefährten nicht vergisst und der seine Pläne mit eiserner Hartnäckigkeit verfolgt. Obwohl Jurist, war Tschäppät alles andere als ein Formalist. Seine Würfe landete er nicht mit papierenen Konzepten, sondern durch persönliche Überzeugungsarbeit und Tatkraft. Mit einer klugen Wohnbaupolitik, dem grosszügigen Bundesplatz und dem Baldachin beim Bahnhof hinterlässt er Spuren. Mit Grossveranstaltungen wie der Fussball-Europameisterschaft und einem drei-

tägigen Besuch der Tour de France hat er das Selbstbewusstsein der Stadtbevölkerung in seiner zwölfjährigen Amtszeit wieder aufgemöbelt.

Dass all das aus der Beamtenstadt eine pulsierende Metropole gemacht hat, wie es jetzt in einigen Würdigungen heisst, dürfte trotzdem etwas übertrieben sein. Die Stadt lebt nach wie vor von ihrer Nähe zur Bundesverwaltung und ihrem historischen Glanz. Daneben waltet in ihr rotgrüne Biederkeit, die für verkehrsberuhigte Strassen und viel subventionierte Kultur sorgt, aber nicht unbedingt Dynamik und Pioniergeist ausstrahlt.

Tschäppät selbst war ein Sozialdemokrat alter Schule, der mit den politischen Veganern und akademischen Theoretikern der nachfolgenden linken Generationen das Heu lange nicht immer auf derselben Bühne hatte. Im kleinen Kreis sparte er nicht mit Spott über die reglementierfreudigen Miststreiter. Aber er hatte genug Machtinstinkt, die Differenzen nie auf die

politische Bühne zu zerren. Die sozialdemokratischen Biotope in der seit Jahrzehnten links regierten Stadtverwaltung rührte er so wenig an wie die Reitschule. Ob er seine schützende Hand tatsächlich aus Solidarität oder doch eher aus politischem Kalkül über den Jugendtempel hielt, wurde nie ganz klar. Klar war hingegen, dass er als Stadtpräsident deutlich mehr Solidarität mit seinen Polizisten hätte üben können, die sich von den zerstörungswütigen Revoluzzern der Reitschule in demütigender Weise auf der Nase herumtanzen lassen mussten.

Es gibt eben nie alles ganz, auch wenn es immer wieder versucht wird. Alexander Tschäppät hat gar nie versucht, ein perfekter Stadtpräsident zu sein. Er war eine politische Saftwurzel und ein kluger Stratege. Ein Mensch mit bewundernswerten Stärken und offensichtlichen Schwächen. Für diese Authentizität wurde er geliebt. Den Ehrentitel «legendär» hat er sich redlich verdient.

Spital verklagt Krankenkasse

Versicherung wollte Kosten für Geburt nicht übernehmen

St. Gallen. Wer seine Krankenkassenprämien nicht bezahlt, wird in einigen Kantonen nur noch in Notfällen medizinisch versorgt. In der Schweiz führen gegenwärtig neun Kantone schwarze Listen mit säumigen Zahlerinnen und Zahlern von Krankenkassenprämien. Wer dort aufgeführt ist, kann nur noch in Notfällen medizinische Leistungen in Anspruch nehmen. Diese Praxis löst immer wieder Kritik aus.

In der aktuellen Ausgabe der *SonntagsZeitung* wird auf einen Entscheid des St. Galler Versicherungsgerichts vom 26. April zu diesem Thema verwiesen. Im strittigen Fall geht es um eine Frau, die für eine Entbindung ins Spital musste. Weil sie zuvor ihre Prämien nicht bezahlt hatte und deswegen betrieben worden war, weigerte sich der Krankenversicherer, die Kosten dafür zu übernehmen. Das St. Galler Kantonsspital wollte nicht auf der Rechnung sitzen bleiben und klagte gegen die Krankenkasse. Das Versicherungsgericht musste entscheiden, ob es sich bei der Entbindung um eine Notfallbehandlung gehandelt hatte.

Zu eng gefasst

Der Krankenversicherer argumentierte unter anderem, die Frau habe vor dem Geburtstermin vier Monate Zeit gehabt, ihre ausstehenden Prämien zu zahlen. Es miete falsch an, in dieser Konstellation den Termin abzuwarten und dann einen Notfall geltend zu machen. Im Urteil kommt das St. Galler Versicherungsgericht zum Schluss, die Entbindung sei im Zeitpunkt des Eintritts ins Spital notwendig und unaufschiebbar gewesen. Es habe sich dabei um eine Notfallbehandlung gehandelt.

Auf den schwarzen Listen würden nicht nur zahlungsunwillige, sondern auch zahlungsunfähige Personen aufgeführt. Dem Eintrag gehe schliesslich eine erfolglose Betreibung voraus. Grundsätzlich hält das Versicherungsgericht fest, eine zu enge Auslegung des Notfallbegriffs würde das Ziel der obligatorischen Krankenversicherung und damit die Gewährleistung einer umfassenden Grundversorgung für alle aushöhlen. In Fällen, «in denen Medizinalpersonen eine Beistandspflicht zukommt», sei von einer Notfallbehandlung auszugehen.

Die Klage des Kantonsspitals wurde gutgeheissen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig und kann weitergezogen werden. SDA

«Neue erhebliche Anschuldigungen»

Kanton Graubünden lässt den Polizeieinsatz gegen den Whistleblower, der das Bündner Baukartell publik machte, untersuchen

Chur. Im Fall des Bündner Baukartells ist eine Strafanzeige gegen unbekannt eingereicht worden. Es soll abgeklärt werden, ob bezüglich der Vorwürfe rund um einen Polizeieinsatz gegen einen Whistleblower im Juni 2017 strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegt. «Es wurden teils neue erhebliche Anschuldigungen bezüglich der Ereignisse rund um den 15. Juni 2017 erhoben, welche im Zuständigkeitsbereich des Departements für Justiz, Sicherheit und Gesundheit Graubünden liegen», schreibt Justiz- und Sicher-

heitsdirektor Christian Rathgeb auf Anfrage der Nachrichtenagentur SDA.

Zuvor berichtete die *NZZ am Sonntag* über die Anzeige im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz gegen den Whistleblower, der die Preisabsprachen hatte auffliegen lassen.

Grösster aufgeflogener Fall

Es sei wichtig, diese Vorwürfe lückenlos aufzuklären. Hierzu habe die Regierung entschieden, eine unabhängige Untersuchung einzuleiten, teilte Rathgeb weiter mit. Dieser Aufgabe

nimmt sich Andreas Brunner an, ehemaliger Leitender Oberstaatsanwalt des Kantons Zürich, wie bereits vergangenen Dienstag bekannt wurde.

«Um abzuklären, ob bezüglich der Vorwürfe allenfalls strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegt, wurde standardgemäss, im April 2018, eine Strafanzeige gegen unbekannt eingereicht», hielt Rathgeb fest. Weitere Auskünfte würden während der laufenden Verfahren keine erteilt.

Die illegalen Absprachen im Unterengadin sind schweizweit der bisher

grösste aufgeflogene Fall von Manipulationen auf dem Bau. Die Wettbewerbskommission (Weko) büsste sieben Bauunternehmen mit total 7,5 Millionen Franken. Die Bussen sind noch nicht rechtskräftig und können vor dem Bundesverwaltungsgericht angefochten werden.

«Grosse Tragweite»

Am Donnerstag sprach sich die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Bündner Grossen Rates dafür aus, die illegalen Preisabsprachen im Baugewerbe von einer Parlamentarischen

Untersuchungskommission unter die Lupe nehmen zu lassen.

Die in verschiedenen Medien kolportierten, mutmasslichen Verstrickungen von Behörden und Amtsstellen in die illegalen Bauabsprachen sowie der Umgang der Behörden mit dem Whistleblower seien als «Vorkommnisse von grosser Tragweite» zu qualifizieren, teilte die Geschäftsprüfungskommission am Donnerstag mit. Deshalb bestehe Bedarf an einer «besonderen Klärung» durch eine Geschäftsprüfungskommission. SDA

ANZEIGE

diga
möbel

MUTTERTAG
Freitag 11./Samstag 12. Mai

Sagen Sie es mit Möbeln, statt mit Blumen!
Entdecken Sie persönliche Wohnlösungen und profitieren Sie von

12% + 5% Muttertags-Rabatt.
Gratis Lieferung und Montage.

I d' diga muesch higa!

Aktion

1023 Crissier/VD	1763 Granges-Paccot/FR	Komplett renoviert!
8953 Dietikon/ZH	4614 Hägendorf/SO	
8600 Dübendorf/ZH	3421 Lyssach/BE	
6032 Emmen/LU	4133 Pratteln/BL	
8854 Galgenen/SZ	9532 Rickenbach b. Wil/TG	

www.diga.ch